

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF
Frau Magda Spycher
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Bildung und Innovation

Philip Hauri
Ressortleiter Innovation

Pfingstweidstrasse 102
Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. +41 44 384 42 02
www.swissmem.ch
p.hauri@swissmem.ch

Zürich, 14. August 2015

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz; SAFIG)

Sehr geehrte Frau Spycher
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG). Nach eingehender Diskussion der Vernehmlassungsunterlagen innerhalb des Verbandes nehmen wir hiermit gerne Stellung.

1 Einleitung

Swissmem vertritt die Interessen von mehr als 1'000 Unternehmen der Schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) sowie verwandter technologieorientierter Branchen. Die MEM-Industrie stellt einen der grössten industriellen Sektoren der Schweizer Wirtschaft dar und erbringt die Hälfte der industriellen Wertschöpfung. Dies entspricht gut 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz. Für 2014 ist die MEM-Industrie mit über 333'000 Beschäftigten die mit Abstand grösste industrielle Arbeitgeberin und bestreitet mit Exporten von über CHF 66 Milliarden beinahe 32 Prozent der gesamten Güter-Ausfuhren der Schweiz. Die Branche wird durch KMU geprägt; 99 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende.

Die Innovation gilt in der MEM-Branche als einer der Hauptschlüssel für den Erfolg in der immer stärker globalisierten Welt. In einem ressourcenschwachen Hochkostenland kann sich die stark exportorientierte Schweizer MEM-Branche nur durch innovative Marktleistungen durchsetzen. Gerade aufgrund jüngster politischer Unsicherheiten (Masseneinwanderungsinitiative, Frankenstärke) ist die Branche stärker gefordert denn je.

Während die Unternehmen die Märkte und Kundenbedürfnisse und somit die Innovationspotenziale bestens kennen, sind sie bei der Umsetzung aufgrund der steigenden Komplexität und Interdisziplinarität der Technologien auf das Wissen, die Infrastruktur und die Kompetenzen von Hochschulen angewiesen. Hier schlägt die KTI eine Brücke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und trägt mit ihrer Förderung wesentlich dazu bei, dass auch KMU Innovationen auf höchstem Niveau umsetzen können.

Swissmem setzt sich einerseits auf politischer Ebene für ein gut funktionierendes Förderinstrument zur Innovationsumsetzung ein. Andererseits betreibt sie aber aktiv eine eigene Innovationsförderung. Swissmem beschäftigt heute drei Innovationsberater für die Deutschschweiz und die Romandie. Diese beraten und unterstützen Mitgliedfirmen kostenlos bei Innovationsvorhaben insbesondere durch Vermittlung von F&E-Partnern und der Information über Förderangebote. Bei unseren Mitgliedfirmen finden sich zahlreiche Beispiele von erfolgreichen Innovationsprojekten, bei denen die KTI-Förderung einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg geleistet hat.

2 Zusammenfassung

Swissmem begrüsst grundsätzlich die Reform der bestehenden KTI, wie sie im vorliegenden Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) beschrieben ist und mit der Motion Gutzwiller angestossen wurde. Die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt und die Struktur mit den neuen Organen als zentrale Reformpunkte führen unserer Ansicht nach zu einem optimaleren Instrument zur Förderung von Innovation. Wir fassen unsere Stellungnahme zur Vorlage wie folgt zusammen:

- **Die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wird begrüsst.**
- **Die Schaffung der vorgeschlagenen Organe ist sinnvoll; Anpassungen bei den Anforderungsprofilen sind notwendig.**
- **Die Effizienz bei der Evaluation und Umsetzung der Fördermassnahmen darf durch die Implementierung der neuen Organisationen nicht beeinträchtigt werden.**
- **Innosuisse muss sich auf Massnahmen fokussieren, welche die Innovationsaktivitäten in den Unternehmen fördern und sich klar von den Massnahmen des Nationalfonds abgrenzen.**
- **Das Bottom-up- und Pull-Prinzip (wirtschaftsorientiert) sowie die klare Orientierung an den Bedürfnissen der Umsetzung im Markt sind zu stärken.**
- **Die Nachwuchsförderung in der vorgeschlagenen Form wird abgelehnt, da sie aus Sicht des Fachkräftemangels kontraproduktiv ist.**
- **Eine Zurückforderung von Bundesmitteln durch Innosuisse oder gar eine Gewinnbeteiligung bei einer wirtschaftlichen Nutzung der Ergebnisse wird abgelehnt. Der Beitrag eines Förderprojekts am Erfolg der Marktleistung kann nicht zuverlässig ermittelt werden.**
- **Eine Regelung des geistigen Eigentums und der Nutzungsrechte durch Innosuisse wird strikte abgelehnt; dies ist ausschliesslich Sache der Projektpartner.**

In den folgenden Ausführungen legen wir zunächst unsere grundsätzliche Haltung zur KTI/Innosuisse dar und greifen anschliessend diejenigen Aspekte aus dem neuen Gesetzesvorschlag bzw. den Änderungen des FIG auf, bei denen wir Anpassungen als notwendig erachten.

3 Grundsätzliche Haltung

Die KTI/Innosuisse ist aus Sicht von Swissmem ein wichtiges Instrument des Forschungs- und Innovationssystems der Schweiz. Sie unterstützt auf geeignete Weise die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und trägt damit zum Transfer von Wissen und Technologie bei. Diese Wirkung ist dabei nicht nur auf die konkret umgesetzten Projekte beschränkt. Durch das Förderangebot initiiert die KTI/Innosuisse die Kontaktnahme von Unternehmen mit möglichen Hochschulpartnern. Nicht jede Kontaktaufnahme zwischen einem Unternehmen und einer Forschungsinstitution führt zu einem KTI-Projekt. Aber die möglichen Partner sind miteinander in den Austausch getreten und setzen eventuell eine Zusammenarbeit in einer anderen Form um. Mit dieser Motivation trägt diese Innovationsförderung damit wesentlich dazu bei, dass das Modell des Wissens- und Technologietransfers (WTT) über Zusammenarbeitsprojekte in der Schweiz etabliert und gelebt wird. Die Schweiz nimmt beim WTT weltweit eine führende Rolle ein. Dazu hat die KTI einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wir sind auch überzeugt, dass sich die Finanzierung der KTI und der Förderprojekte aus volkswirtschaftlicher Sicht ausbezahlt haben. Durch höhere Steuererträge, die neue erfolgreiche Marktleistungen generiert haben sowie neue Arbeitsplätze, konnten diese Investitionen amortisiert werden.

Mit der Umwandlung und Neuorganisation entsteht die Verpflichtung, diese Erfolgsgeschichte weiterzuführen und die Innosuisse/KTI noch attraktiver und wirksamer zu machen. Aus dem erläuternden Bericht und dem Entwurf für das Innosuisse-Gesetz ist jedoch zu schliessen, dass die **Fokussierung** der KTI aufgeweicht werden soll, sowie Änderungen vorgesehen sind, welche die **Effizienz** der Prozesse gefährden und die **Attraktivität** für Industriepartner schwächen. Im Folgenden werden diese drei Aspekte näher beleuchtet.

3.1 Fokussierung auf die Kernaufgabe, Bottom-up-Prinzip und starke Marktorientierung (Pull-Prinzip)

Die Kernaufgabe der KTI resp. Innosuisse ist und bleibt die Förderung von Innovationsprojekten¹, die in der Schweiz umgesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Umsetzungspartner stärken und damit einen volkswirtschaftlichen Nutzen für die Schweiz schaffen. Einem erhöhten Engagement ausserhalb dieser Kernaufgabe wie internationale Aktivitäten oder der Nachwuchsförderung stehen wir daher kritisch gegenüber. Die Förderung von politisch vorgegebenen Themen resp. Projekten lehnen wir strikte ab. Solche «top-down» definierten Projektthemen widersprechen dem in der Praxis sehr bewährten und aus wirtschaftspolitischer Sicht einzig sinnvollen Pull-Prinzip zur Definition des Innovationsthemas und schmälern somit die Aussicht auf Erfolg. Zudem sprechen wir uns für eine starke Marktorientierung der Instrumente und Prozesse aus. Eine Innovation ist erst dann erfolgreich, wenn Sie am Markt die nötige Akzeptanz findet, sprich Wertschöpfung generiert. Dazu gehört nicht nur seitens der Umsetzungspartner, sondern auch seitens Innosuisse der nötige Praxisbezug. Deshalb ist

¹ Swissmem stützt die Definition im erläuternden Bericht, wonach eine Innovation zusätzlich zum Neuigkeitsgehalt auch zwingend erfolgreich in einem Markt eingeführt sein muss.

eine entsprechende Qualifikation des Innovationsrates und der Expertinnen und Experten notwendig. Es ist unumgänglich, dass die Instrumente der KTI sich klar von denjenigen des Schweizerischen Nationalfonds abgrenzen. Dazu kommt, dass insbesondere bei der Projektförderung auf die Anwendungsorientierung Wert gelegt wird und nicht auf die wissenschaftliche Exzellenz. Es ist nicht nachvollziehbar, warum im erläuternden Bericht der Begriff der «wissenschaftsorientierten Innovation» so inflationär benutzt wird.

3.2 Effiziente Geschäftsprozesse, insbesondere in der Evaluation und Entscheidung über Gesuche

Wir erwarten, dass aus der beschriebenen Reform und der einhergehenden klaren Struktur und Kompetenzverteilung eine Erhöhung der Effizienz der Geschäftsprozesse folgt. Dies obwohl durch zusätzliche Organe der Abstimmungsbedarf und die Administration erhöht werden könnte. Aus den Erläuterungen zum SAFIG geht nicht hervor, wie das Zusammenspiel zwischen Innovationsrat und den Experten ablaufen wird. Wird ein Pool von Experten auf Abruf geschaffen oder wird erst bei entsprechender fachlicher Notwendigkeit aus der Evaluation die geeignete Expertin, der geeignete Experte gesucht und verpflichtet? Aus Sicht der Antragsteller, insbesondere der Unternehmen, ist es unerlässlich, dass der Evaluations- und Entscheidungsprozess weiterhin so speditiv und planbar abläuft wie bisher. Aus Sicht von Swissmem ist es notwendig, die Kriterien für Förderentscheide klarer zu definieren und zu kommunizieren. Die Transparenz der Kriterien für den Genehmigungsentscheid wird seitens der Umsetzungspartner immer wieder kritisiert. Um die Qualität des Entscheidungsprozesses zu verbessern, muss Innosuisse die Anwendung der Kriterien in den Organen einfordern.

3.3 Attraktivität von Innosuisse steigern

Die Bedeutung der KTI/Innosuisse haben wir bereits ausgeführt. Die höchste Wirksamkeit erzielt dieses Förderinstrument, wenn die qualitativ besten Projekte gefördert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass diese Projekte aufgrund einer hohen Attraktivität und einer entsprechenden Bekanntheit des Instruments auch eingereicht werden. Um interessant zu sein, müssen die Rahmenbedingungen für die Projektpartner stimmen, verlässlich und transparent sein. Aus Sicht von Swissmem sind die folgenden Punkte relevant:

- Umfang der Anträge beschränkt auf notwendige und sinnvolle Angaben und Informationen
- Klare Kriterien für die Genehmigung von Gesuchen
- Speditiver und planbarer Ablauf des Evaluations- und Entscheidungsprozess
- Effiziente administrative Handhabung des Innovationsprojektes bei allen involvierten Organisationen
- Klare und akzeptable Regelung von Vertraulichkeit, geistigem Eigentum und Nutzungsrechten
- Keine unbestimmbaren Nachfolgekosten (Rückzahlung und Gewinnbeteiligung)

3.4 Konklusion

Einige Bestimmungen aus dem vorliegenden Vorschlag für das SAFIG führen in unserer Einschätzung klar zu einer Schwächung der Innosuisse als Förderinstrument. Wir sind überzeugt, dass mit der Neuorganisation der Innosuisse/KTI die Voraussetzungen grundsätzlich vorhanden sind, damit dieses Förderinstrument weithin einen wertvollen Beitrag für den Wissens- und Werkplatz Schweiz leisten kann. Für die Sicherstellung der Wirksamkeit und Attraktivität der Innosuisse, werden die Anpassun-

gen im SAFIG und FIGG jedoch unumgänglich. Im Folgenden werden die Anpassungsvorschläge im Detail beschrieben.

4 Anpassungsvorschläge im Detail

2. Abschnitt: Aufgaben und Zusammenarbeit

Wie der erläuternde Bericht festhält, wird das Aufgabenspektrum der Innosuisse beibehalten und um das Element der Nachwuchsförderung (Art. 18 Abs. 2 Bst. d FIGG) ergänzt. Dies ist grundsätzlich richtig. Wir stellen jedoch fest, dass Aufgaben und Bestimmungen, die im FIGG für alle Forschungsorgane definiert wurden, nun spezifisch für die Innosuisse ins SAFIG übertragen werden. Dadurch erhalten diese Aufgaben und Bestimmungen eine deutlich höhere Relevanz für Innosuisse als zuvor, als teilweise gar kein Bezug dieser Aufgaben und Bestimmungen zur KTI bestand. Daraus entsteht vordergründig der Eindruck einer Erweiterung der Aufgaben der Innosuisse gegenüber der KTI. Swissmem ist der Ansicht, dass die Redundanzen zwischen dem SAFIG und dem FIGG (Bestimmungen, die für alle Förderorgane gelten) aufgehoben und im SAFIG entfernt werden sollten.

Art. 3 Abs.1 SAFIG hält ausdrücklich fest, dass Innovationen in allen Disziplinen der Hochschulen gefördert werden. Eine solche Formulierung findet sich bisher weder im FIGG noch im V-FIGG. Da gleichzeitig in Art. 19 Abs. 2 FIGG festgehalten wird, dass Innovationsprojekte eine Wirkung in Wirtschaft und Gesellschaft aufweisen müssen (Art. 29 Bst. a und b V-FIGG spricht von Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und volkswirtschaftlichem Nutzen) fragt sich, warum nun eine solche Formulierung eingeführt werden muss. Die knappe Formulierung im FIGG ist unserer Ansicht nach ausreichend. Ausserdem entsteht eine nicht vollständige Redundanz mit der neuen Formulierung Art. 19 Abs. 1 FIGG. Vorschlag Swissmem:

Art. 3 Abs. 1: Die Innosuisse ist das Förderorgan des Bundes für Innovationen.

Zu den Aufgaben, für die in Art. 3 Abs. 2 SAFIG auf das FIGG verwiesen wird, nehmen wir nachfolgend Stellung.

In Art. 3 Abs. 4 wird die Förderung der Information über nationale und internationale Programme festgehalten. Unserer Ansicht nach hat Innosuisse nicht die Aufgabe, diese Informationen zu fördern, sondern die Pflicht, die möglichen Begünstigten über die Programme in ihrem Zuständigkeitsbereich zu informieren. Vorschlag Swissmem:

Art. 3 Abs. 4: Sie stellt die geeignete Information über die nationalen und internationalen Programme in ihrem Zuständigkeitsbereich sicher, einschliesslich über das Vorgehen zur Einreichung von Gesuchen.

In Art. 3 Abs. 6 wird die Durchführung von themenorientierten Förderprogrammen beschrieben. Dabei wird Art. 7 Abs. 3 FIGG konkretisiert. Die entsprechende Bestimmung im FIGG findet hauptsächlich und umfangreich bei der Förderung durch den SNF statt. Bei der KTI wurde dies bisher einzig, politisch motiviert und in Zusammenarbeit mit dem SNF, bei den SCCER durchgeführt. Für Swissmem sind themenorientierte Programme bei der Innosuisse nicht akzeptabel und lassen sich in keiner Weise mit dem Bottom-up-Ansatz der KTI/Innosuisse und der Innovationspolitik des Bundes vereinbaren. Dieser Absatz ist deshalb ersatzlos zu streichen:

~~*Art 3 Abs. 6: Sie führt themenorientierte Förderprogramme durch, soweit der Bundesrat sie damit beauftragt.*~~

Art. 4 Abs. 1 SAFIG bestimmt, dass Innosuisse mit ausländischen Förderorganisationen Kooperationen bei grenzüberschreitenden Innovationsprojekten eingehen kann. Swissmem hinterfragt den Nutzen und vor allem die Effizienz von bilateralen, formalisierten Zusammenarbeiten im Bereich von Innovationen. Ein solcher Ansatz widerspricht dem gelebten und allseits anerkannten Bottom-up-Ansatz der Projektförderung.

Falls Kooperationen mit Förderorganisationen internationale Zusammenarbeiten in Projekten fallweise ermöglichen, können solchen Kooperationen zugestimmt werden. Wenn daraus jedoch strukturelle und mit Budget ausgestattete Programme entstehen, wie bei der SWII (Swiss Swedish Innovation Initiative), dann erachten wir das nicht als nützlich für das Innovationssystem und nicht vereinbar mit dem Bottom-up-Ansatz der KTI. Falls solche Kooperationen durchgeführt werden, sollten sie mit der Innovationsstrategie des Bundes kompatibel sein und wie im Art. 3 Abs. 3 im Auftrag des Bundes durchgeführt werden.

Die Umsetzungspartner finden nicht alle notwendigen Kompetenzen an Schweizer Forschungsinstitutionen. Sie können auch mit Kapazitätsengpässen an den Hochschulen konfrontiert sein. Deshalb müssen Schweizer Unternehmen grundsätzlich die Möglichkeit haben, im Rahmen der Förderprojekte Zusammenarbeiten mit ausländischen Hochschulpartnern durchzuführen. Die dafür notwendigen Kriterien und Prozesse müssen in den Reglementen der KTI definiert sein.

Art. 4 Abs. 1: Soweit vom Bund, dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) oder dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ermächtigt, kann Innosuisse mit ausländischen Förderorganisationen oder Förderstellen Kooperationen eingehen, die grenzüberschreitende Innovationsprojekte fördern.

Wie in Art. 4 Abs. 2 beschrieben kann sich die Innosuisse neu an nicht gewinnorientierten privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Rechtsträgern beteiligen. Dies ist eine neue Möglichkeit, die bisher nicht bestand. Der Nutzen dieser Option erschliesst sich uns nicht, da der Innosuisse unter anderem gar keine finanziellen Mittel für eine Beteiligung zur Verfügung stehen. Wie in der Zusammenfassung bereits erwähnt, plädieren wir nachdrücklich für eine Konzentration der Ressourcen auf das Hauptgeschäft der Innosuisse; die F&E Projektförderung. Jegliche zusätzliche Aktivitäten von Innosuisse betrachten wir als kritisch. Aus diesem Grund schlagen wir vor, den Art. 4 Abs. 2 ersatzlos zu streichen:

~~*Art. 4 Abs. 2 SAFIG: Sie kann sich im Rahmen der Vorgaben der strategischen Ziele des Bundesrates an nicht gewinnorientierten privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Rechtsträgern beteiligen.*~~

Mit der Einführung des SAFIG werden Änderungen im FIG notwendig, welche die Aufgaben (beschrieben in Abschnitt 2 Art. 3 SAFIG) der KTI/Innosuisse betreffen. Diese Änderungen sind im Anhang zur Vernehmlassungsversion des SAFIG aufgeführt. Wir kommentieren nachfolgend diese Änderungen.

Art. 16 Abs. 3 FIG hält fest, dass sich Institutionen der Ressortforschung explizit auch bei Innosuisse um Drittmittel bewerben können. Um den Voraussetzungen für Innovationsprojekte gemäss Art. 19 FIG und Art. 29 V-FIG zu genügen, müssen die Institutionen der Ressortforschung Umsetzungspartner aus der Wirtschaft mit ins Projekt einbinden. Wir zweifeln daran, ob sich eine solche Konstellation mit der Formulierung „zur zweckmässigen Erfüllung ihrer Aufgaben“ [Institutionen der Ressortforschung] vereinbaren lässt. Die ursprüngliche Formulierung erwähnt die KTI nicht spezifisch, diese ist in der Gesamtheit der Förderorganisationen eingebunden. Wir empfehlen, die ursprüngliche Formulierung beizubehalten:

Art. 16 Abs.3 FIG: unverändert

Da Art. 17 FIG nicht spezifisch auf Innosuisse/KTI bezogen ist, nehmen wir an, dass die Ergänzung durch Art. 17 Abs. 6 FIG eine bestehende Lücke im Erlass schliesst und nicht durch das SAFIG verursacht ist. Wie bei Art. 16 Abs. 3 FIG halten wir eine spezifische Erwähnung von Innosuisse als nicht notwendig, da sie in der Gesamtheit der Förderorganisationen enthalten ist:

Art. 17 Abs. 6 FIG: Bundeseigene Forschungsanstalten können sich bei den nationalen und internationalen Förderorganisationen um Drittmittel oder die Teilnahme an Programmen bewerben.

Art. 18 Abs. 2 FIG wird um Massnahmen für den Nachwuchs im Bereich der Innovation ergänzt, welche in Art. 22 FIG detailliert werden. Der erläuternde Bericht führt das geplante Instrument aus. Swissmem lehnt eine grundsätzliche Förderung, nur auf Nachwuchskräfte beschränkt, ab. Die Begründungen des erläuternden Berichts können wir nicht teilen. Im Gegenteil, wir schauen sie aus Sicht der Thematik Fachkräftemangel als kontraproduktiv an. Wenn Hochschulabsolventen während drei Jahren ein eigenes Projekt durchführen, womöglich ohne Bezug zu einem Unternehmen oder einer marktauglichen Anwendung, werden diese während drei zusätzlichen Jahren dem Arbeitsmarkt entzogen, verschärfen also individuell den Fachkräftemangel. Ebenso ist es absolut nicht im Interesse der Unternehmen, einen mühsam rekrutierten jungen Absolventen nach kurzer Zeit wieder in ein „freies“ Projekt an einer Hochschule für bis zu drei Jahre ziehen zu lassen. Das im erläuternden Bericht ebenfalls aufgeführte Argument der Erhöhung der Qualifikation der Absolventen können wir ebenfalls nicht unterstützen, da dort nicht das Problem liegt. Diese Massnahme hat also einen negativen Einfluss auf die Situation des Fachkräftemangels. Ausserdem gehören Massnahmen der Fachkräfteinitiative nicht in die Gesetzgebung für Forschungsförderorgane.

Personenbezogene Förderung sehen wir durchaus als sinnvolles Instrument. Der Einsatz eines solchen Förderinstrumentes muss aber für Perioden wirtschaftlich schwieriger Situationen vorbehalten sein. In solchen Phasen wird es insbesondere für KMU schwierig, die notwendigen Ressourcen für F&E-Aktivitäten aufzubringen. Es droht ein Abbau von F&E-Personal. Um einem Verlust von Fachkräften bedingt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verhindern, ist eine personenbezogene Projektförderung sinnvoll. Dabei müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein.

- Erfahrenes F&E-Personal, mit einer entsprechenden Ausbildung, welches in der Lage ist, selbstständig ein F&E-Projekt durchzuführen (kein Nachwuchs).
- Der Inhalt des Förderprojektes wird durch das Unternehmen definiert und unterstützt.
- Der Hochschulpartner verfügt über Wissen, Kompetenzen und/oder Infrastruktur im Fachgebiet des Förderprojektes, stellt einen Arbeitsplatz zur Verfügung und stellt die geförderte Person zu den hochschulüblichen Konditionen an.
- Die Aufwände des Hochschulpartners sowie die Personalkosten der geförderten Person werden durch den Förderbeitrag gedeckt.
- Das entsendende Unternehmen deckt eine allfällige Differenz zum bisherigen Salär der geförderten Person und verpflichtet sich, die geförderte Person nach Ablauf des Förderprojektes wieder einzustellen.
- Die Ergebnisse des Förderprojektes gehen in das Eigentum des entsendenden Unternehmens.

- Ein Förderprojekt kann höchstens drei Jahre dauern. Das entsendende Unternehmen nimmt zusammen mit dem Hochschulpartner Zwischenevaluationen des Projektes vor, welche über eine Fortführung des Projektes entscheiden.

Aus obigen Gründen schlagen wir folgendes vor:

Art. 18 FIFG ²: Weiter kann der Bund unterstützen:

d. Massnahmen zur Förderung von personenbezogenen Innovationsprojekten in speziellen wirtschaftlichen Situationen

Art. 22 SAFIG: ist auf Basis der oben genannten Bedingungen für personenbezogene Innovationsprojekte neu zu formulieren

3. Abschnitt: Organisation

Swissmem begrüsst und unterstützt die Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt nachdrücklich. Damit können die Forderungen aus der Motion Gutzwiller erfüllt werden, die auch Swissmem immer befürwortet hat. Mit der Ausgestaltung der neuen Organisation sind wir einverstanden und schlagen lediglich punktuell Änderungen der Bestimmungen vor.

Wir sind überzeugt, dass Innosuisse in der Lage sein muss, die finanziellen Mittel für Verwaltungsaufgaben oder Innovationsförderung äusserst flexibel einsetzen zu können. So kann Innosuisse auf Schwankungen, insbesondere konjunkturell bedingte, und entsprechende Gegenmassnahmen reagieren. Damit wird ein effektiver Einsatz der Bundesmittel sichergestellt. Mit der Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt und der damit verbundenen Möglichkeit Reserven zu bilden, kann Innosuisse die finanziellen Mittel zeitlich unabhängiger einsetzen.

Die im Jahr 2011 durchgeführten Sondermassnahmen zur Innovationsförderung haben gezeigt, welchen grossen zeitlichen und ressourcenbehafteter Aufwand nötig ist, um eine Sondermassnahme umzusetzen. Mit der neuen Organisationsform kann sich Innosuisse besser als kurzfristig nutzbares Instrument zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in wirtschaftlich schwachen Situationen positionieren. Sie kann damit ihre Wirksamkeit für den Innovationsstandort Schweiz weiter stärken.

Art. 6 SAFIG enthält die Bestimmungen zum Verwaltungsrat, dem obersten Leitungsorgan der Innosuisse. Mit den betreffenden Bestimmungen sind wir einverstanden. Wir empfehlen dem WBF möglichst rasch Persönlichkeiten zu bestimmen, die dem Bundesrat zur Wahl als Mitglieder des Verwaltungsrates vorgeschlagen werden. Wir erachten es als wichtig und für den Erfolg der Umwandlung als entscheidend, dass diese Personen frühzeitig in den Prozess eingebunden werden. Swissmem ist der Ansicht, dass eine Schärfung des Anforderungsprofils für Verwaltungsräte notwendig ist. Einschlägige Kompetenzen im Innovationsbereich, wie im erläuternden Bericht formuliert, sind nicht ausreichend. Für das strategische Organ müssen Persönlichkeiten eingesetzt werden, die über einen Leistungsausweis im wirtschaftsorientierten, technologieintensiven F&E-Umfeld verfügen. Als zwingend erachten wir, dass auch Führungspersonen aus Technologieunternehmen Einsitz nehmen.

Art. 6 Abs.1: Der Verwaltungsrat ist das oberste Leistungsorgan. Er besteht aus 5 – 7 Persönlichkeiten mit einem Leistungsausweis im wirtschaftsorientierten, technologieintensiven F&E-Umfeld oder im Führen von Technologieunternehmen.

Art. 6 Abs. 6 beschreibt den Prozess bei einer Veränderung der Interessensbindung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates. Im Sinne der klar geregelten Verantwortlichkeit schlagen wir folgendes vor:

*Art. 6 Abs. 6: Die Mitglieder des Verwaltungsrates melden Veränderungen ihrer Interessensbindungen laufend dem **Präsidenten** des Verwaltungsrates. ...*

Sofern das weiter unten behandelte Thema der gewerblichen Leistungen erhalten bleibt, erachten wir es als eine Kompetenz des Verwaltungsrats über die Annahme von Mandaten für gewerbliche Leistungen zu entscheiden. Solche Mandate haben Auswirkungen auf die Finanzen und Ressourcen der Innosuisse und entsprechend eine strategische Komponente.

Art. 6 Abs. 8 Bst. v. (neu): Er trifft Entscheide über Mandate zur Erbringung von gewerblichen Leistungen der Innosuisse.

Mit den Bestimmungen zur Geschäftsstelle Art. 7 SAFIG sind wir einverstanden. Nicht nachvollziehbar ist, warum die Geschäftsstelle nur den Vollzug der geförderten Tätigkeiten nach Art. 3 Abs.4 SAFIG beaufsichtigt und nicht die vertragsgemässe Umsetzung aller geförderten Tätigkeiten nach Art. 19 und 20 FIFG.

Mit den Bestimmungen zum Innovationsrat sind wir grundsätzlich einverstanden. Wir sehen jedoch den Bedarf für eine inhaltliche Richtungsänderung. Insbesondere bei der Haupttätigkeit der Innosuisse, der Projektförderung, geht es um den Transfer von Wissen in marktfähige Leistungen (Innovation). Wie Art. 19 FIFG und Art. 29 V-FIFG festhalten, geht es um den Nutzen in der Wirtschaft und um Wertschöpfung und somit um wirtschaftliche, anwendungs- und marktorientierte Themen. Die entsprechenden Förderentscheide sollten deshalb von Personen gefällt werden, die über umfangreiche Erfahrungen in der Praxis des Wissens- und Technologietransfers verfügen. Dabei ist auf eine Ausgewogenheit von Persönlichkeiten mit einem wissenschaftlichen Hintergrund und einer beruflichen Erfahrung in der Wirtschaft zu achten. Diese Konstellation besteht in der heutigen KTI und hat sich aus unserer Sicht bewährt und ist mit Blick auf die Innovationsförderung (nicht Wissenschaftsförderung) zwingend. Wir schlagen deshalb folgende Anpassungen vor:

Art. 8 Abs. 1: Der Innovationsrat trifft als fachkundiges Organ die Förderentscheide der Innosuisse, vorbehalten bleibt Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b.

Art. 8 Abs. 3: Die Kriterien für die Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten in den Innovationsrat sind die praktische Erfahrung im Wissens- und Technologietransfer sowie der Bezug zur betrieblichen Innovation. Sie müssen ihre Interessensbindungen vor ihrer Wahl dem Verwaltungsrat vorlegen.

4. Abschnitt: Personal

Zu diesem Abschnitt haben wir keine Bemerkungen.

5. Abschnitt: Finanzierung und Finanzhaushalt

Art. 14 und 25 SAFIG befassen sich mit den gewerblichen Leistungen, die durch Innosuisse erbracht werden können. Der erläuternde Bericht führt unzureichend aus, welche gewerblichen Leistungen durch Innosuisse erbracht werden könnten. Wie in der einleitenden, grundsätzlichen Haltung erwähnt, wünscht sich Swissmem eine effiziente, auf ihre Kernaufgaben fokussierte Innosuisse. Die Übernahme von gewerblichen Mandaten zum Zweck der Mittelgenerierung ist nur dann sinnvoll, wenn damit ein Beitrag zum eigentlichen Zweck der Innovationsförderung geleistet wird. Dies sehen wir nicht gegeben. Die Formulierung im erläuternden Bericht, dass die Erfüllung der Aufgaben der Innosuisse

nicht beeinträchtigt werden dürfen, ist zu schwach, Mit einer allfällig eingegangenen Verpflichtung gegenüber Dritten sehen wir eine Beeinträchtigung der zielgerichteten Ressourcenallokation der Geschäftsstelle. Wir sind deshalb nicht damit einverstanden, dass Innosuisse als Dienstleister gegenüber Dritten auftritt. Hingegen sehen wir die Möglichkeit, dass Innosuisse im Rahmen von Kooperationen mit anderen Förderorganisationen, die den Zweck der Innosuisse unterstützen, kostenpflichtige Leistungen, insbesondere Förderentscheide, erbringt. Die Leistungen sind nicht auf Evaluationen zu beschränken, sondern können beispielsweise auch die Durchführung von Veranstaltungen oder die Mitwirkung in strategischen Gremien sein. Swissmem schlägt deshalb folgendes vor:

Art. 14 Abs. 2 Bst. a: ~~Entgelte für gewerbliche Leistungen~~ Entgelte für verrechenbare Leistungen im Zusammenhang mit Kooperationen mit anderen Förderorganisationen.

Art. 25 Abs. 1: Die Innosuisse kann im Rahmen von Kooperationen mit anderen, inländischen und ausländischen Förderorganisationen Dienstleistungen wie Evaluationen von Innovationsprojekten erbringen.

Art. 17 SAFIG ermöglicht Innosuisse Reserven anzulegen. Die Obergrenze von 10% leitet sich gemäss dem erläuternden Bericht aus übergeordnetem Recht für Bundesbeiträge ab. Obwohl Swissmem der Ansicht ist, dass diese Grenze höher sein sollte, um (konjunkturelle) Schwankungen ausgleichen zu können, ist dies wohl zu akzeptieren. Jedoch sollten konsequenterweise nicht nur die Zuwendungen Dritter nicht eingerechnet werden, sondern sämtliche Drittmittel. Wir schlagen deshalb vor:

Art. 17 Reserven

¹ Die Innosuisse kann Reserven bilden. Drittmittel nach Artikel 14 Absatz 2 können den Reserven zugewiesen werden.

² Die Reserven dürfen 10 Prozent des jeweiligen Jahresbudgets nicht übersteigen. Die Drittmittel nach Artikel 14 Absatz 2 werden nicht eingerechnet.

Zudem sind wir überzeugt, dass eine selbständige Entscheidung der Innosuisse über die Verwendung des Gewinnes aus Drittmitteln deren Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit stärkt. Die Art. 6 Abs. 8 Bst. o und Art. 24 Abs. 2 Bst. g sollen entsprechend angepasst werden.

6. Abschnitt: Beitragsverordnung; Rückforderung bei wirtschaftlichem Nutzen und Gewinnbeteiligung

In der Beitragsverordnung gemäss Art. 21 SAFIG legt der Verwaltungsrat die Regelung zum geistigen Eigentum und den Nutzungsrechten an den Ergebnissen der Innovationsprojekte fest. Im erläuternden Bericht sind dazu keine näheren Angaben zu finden. Es wird zwar auf den Ersatz des Art. 41 V-FIFG hingewiesen, dies greift uns aber zu kurz. Nach Genehmigung des Innovationsprojektes haben die Projektpartner miteinander die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit zu regeln. Wir halten es nicht für zulässig, dass Innosuisse den Projektpartnern Vorgaben macht, wie mit den Ergebnissen umzugehen ist. Dies gilt erst recht, wenn im Projekt vorbestehendes geistiges Eigentum der Projektpartner zum Einsatz kommt. Da die Umsetzungspartner mindestens 50% des Projektbudgets mit Eigenleistungen beitragen und die Wissenschaftspartner auf die institutionsinternen Regelungen Rücksicht nehmen müssen, sind die Vereinbarungen bezüglich geistigem Eigentum und Nutzungsrechten ausschliesslich eine vertragliche Angelegenheit zwischen den Projektpartnern. Eine Vorgabe der Innosuisse schmälert zweifellos die Attraktivität des Förderinstruments. Die Rolle der Innosuisse bei

diesem Thema hat sich ausschliesslich darauf zu beschränken sicherzustellen, dass der Projektvertrag entsprechende Bestimmungen enthält. Es steht Innosuisse auch frei, nicht bindende Empfehlungen dazu zu verfassen.

Art. 21 Bst. f: die notwendigen Bestandteile der Verträge zu Innovationsprojekten, wie Bestimmungen zu Vertraulichkeit, geistigem Eigentum und Nutzungsrechten

Im Art. 22 SAFIG wird die grundsätzliche Möglichkeit der Innosuisse beschrieben, bei wirtschaftlicher Nutzung Bundesmittel zurückzufordern und/ oder eine angemessene Gewinnbeteiligung zu verlangen. Diese Möglichkeit wird in Art. 39 FIFG gesamtheitlich für alle Forschungsorgane beschrieben. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Bestimmung im SAFIG explizit aufgeführt werden muss. Art. 39 SAFIG bleibt gültig, da die Innosuisse auch künftig zu den Förderorganen zählen wird. Eine Umsetzung einer solchen Möglichkeit bei der Innosuisse lehnen wir entschieden ab. Die Umsetzungspartner haben keinen ausreichenden Einfluss auf den effizienten und effektiven Einsatz der Bundesmittel bei den Wissenschaftspartnern. Ausserdem ist der Erfolg einer Innovation am Markt nicht ausschliesslich vom zu Grunde liegenden, wissenschaftlichen Know-how abhängig sondern beruht auch auf grossen Investitionen des Umsetzungspartners nach dem Förderprojekt. Auf jeden Fall ist bereits bei der Ausschreibung den Umsetzungspartnern offen zu legen, ob eine solche Forderung geltend gemacht wird. Ist das der Fall wird die Attraktivität des Förderinstruments darunter leiden.

7. Abschnitt: Wahrung der Bundesinteressen

Art. 23 SAFIG stellt sicher, dass die Interessen des Bundes und seiner Innovationsstrategie gewahrt werden. Dazu werden einerseits strategische Ziele für die Innosuisse festgelegt. Andererseits werden die Aktivitäten der Innosuisse über Maximalgrenzen für die Verwaltungskosten gesteuert.

Aus Sicht der Unternehmen und damit derjenigen Betroffenen, die die Umsetzung der Ergebnisse der Förderprojekte in der Wirtschaft sicherstellen, ist es notwendig, dass die strategischen Ziele, die jeweils für vier Jahre gültig sind, ausreichend offen formuliert sind. Damit kann die Innosuisse flexibel auf die aktuelle wirtschaftliche Situation der Schweiz Rücksicht nehmen.

Entsprechend muss auch mit der Maximalgrenze der Verwaltungskosten flexibel umgegangen werden können. Ein Beispiel für diese Notwendigkeit, ist die Sondermassnahme von 2011. Aus Kapazitätsgründen konnten damals nicht alle eingereichten Gesuche evaluiert werden, was bei den Gesuchstellern auf grosses Unverständnis gestossen ist. Da jedoch eine grosse Anzahl von F&E-Projekten realisiert werden konnten, werten wir diese Massnahme als grossen Erfolg. Die Festlegung der Maximalgrenze für die Verwaltungskosten darf kein zusätzlich limitierender Faktor bei Sondermassnahmen werden. Die strategischen Ziele und die Verwaltungskosten müssen entsprechend formuliert werden.

8. Abschnitt: Gewerbliche Leistungen

Unsere Kommentare zu den gewerblichen Leistungen finden sich oben beim 5. Abschnitt, Art 14.

9. Abschnitt: Schlussbestimmungen

In Art. 1 und Art. 27 SAFIG wird beschrieben, dass die KTI in die Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) umbenannt werden soll. Dass mit der Umwandlung von einer Kommission in eine öffent-

lich-rechtliche Anstalt der ausgeschriebene Name der KTI nicht weitergeführt werden kann, ist gegeben. Wir halten es jedoch für notwendig, dass die Abkürzung «KTI» im Namen weitergeführt wird. Unsere Erfahrung zeigt, dass der Name „KTI“ und die damit verbundene Dienstleistung in der MEM-Industrie weitgehend bekannt sind. Trotz der langjährigen und umfangreichen Kommunikation durch Swissmem und weitere wirtschaftsnahe Organisationen der Innovationsförderung auf verschiedenen Kanälen gibt es jedoch immer noch Unternehmen, denen die KTI nicht bekannt ist. Zum heutigen hohen Bekanntheitsgrad haben auch die Sondermassnahmen 2011 durch ihre breite Berichterstattung in den Medien wesentlich beigetragen. Diese Erfahrung zeigt uns deutlich die Zeit auf, die notwendig ist, bis ein solches Förderinstrument die nötige Bekanntheit erreichen kann. Der Namenswechsel wird nach dem Verlust des Bekanntheitsgrades einen hohen Aufwand zum Wiederaufbau des neuen Namens verursachen. Wir schlagen deshalb vor dem Namen der neuen Organisation die Abkürzung KTI anzuhängen:

Schweizerische Agentur für Innovationsförderung KTI (Innosuisse KTI)

Änderungen anderer Erlasse

Art. 20 und 21 FIG beschreiben ergänzt durch die Ausführungen im erläuternden Bericht die Bestimmungen für die Start-up und Innovationsmentoren. Swissmem begrüsst grundsätzlich die neuen Modelle für die Selektion, Verpflichtung und Finanzierung der Leistungserbringer. Insbesondere halten wir die freie Wahl von Leistungserbringern durch die Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer für richtig. Leistungen wie Coaching oder Mentoring führen erfahrungsgemäss nur zum Erfolg, wenn die zwischenmenschliche Chemie stimmt.

Abschliessend bedanken wir uns noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir gehen davon aus, dass der vorliegende Entwurf des Innosuisse-Gesetz und des FIG so verbessert wird, dass der Innosuisse die nötige Ausgestaltung und Fokussierung gegeben wird, damit sie für die Wirtschaft ein attraktives Förderinstrument darstellt und einen effizienten Beitrag zum volkswirtschaftlichen Nutzen des Wissens- und Technologietransfers leistet.

Freundliche Grüsse

Peter Dietrich
Direktor

Robert Rudolph
Mitglied der Geschäftsleitung